

Antrag 187/I/2024**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Landesgruppe, Senat (Konsens)****Für eine Analyse jenseits der 80er: Mehr Forschung zu Sexarbeit und Prostitution, Fachberatungsstellen und Schutz bei Zwangsprostitution**

1 Es wird viel über die Themen Sexarbeit und Prostitution
2 diskutiert. Die Diskussion ist häufig aufgeladen und hat
3 gesellschaftliche und politische Implikationen. Gleichzei-
4 tig wissen wir relativ wenig über das Feld, über das ge-
5 sprochen wird. Alleine zur Zusammensetzung von Sexar-
6 beiter*innen und Menschen in der Prostitution ist sehr
7 wenig bekannt. Unterschieden werden muss zwischen
8 Sexarbeit, die freiwillig und selbstbestimmt stattfindet,
9 Prostitution, die sich durch bspw. ökonomische Zwänge
10 auszeichnet und Zwangsprostitution, in der Betroffene
11 durch Dritte zur Prostitution gezwungen oder genötigt
12 werden. Noch heute werden in der Debatte Schätz-
13 zungen zur Anzahl von Sexarbeiter*innen aus den 1980er
14 Jahren verwendet, die nie wissenschaftlich belegt wer-
15 den konnten. Neuere, seriöse Hochrechnungen existieren
16 nicht. Das liegt auf der einen Seite am schwierigen Zugang
17 zum Feld (sowohl auf Seiten der Forschenden, als auch auf
18 Seiten der Akteur*innen in der Sexarbeit) und auf der an-
19 deren Seite an der fehlenden Finanzierung großangeleg-
20 ter Studien.

21

22 Unterstützungsbedarfe

23 Was wir allerdings aus den Beratungsstellen wissen ist,
24 dass Sexarbeiter*innen und Menschen in der Prostituti-
25 on eine Vielzahl von Hürden und komplexer Herausfor-
26 derungen begegnen können. Das betrifft beispielsweise
27 die Bereiche Gesundheitsversorgung, Steuern und Finan-
28 zen, Wohnen und Aufenthaltsrecht und in besonderem
29 Maße die Stigmatisierung ihres Berufs. Um echte Unter-
30 stützung in diesen und weiteren Fragen bieten zu kön-
31 nen, ist der Aufbau von Vertrauen und eine zuverlässige
32 Struktur unerlässlich. Es gibt einzelne (teils auf Zeit
33 geförderte) Projekte, die diese wichtige Arbeit angehen.
34 Aber nicht in jedem Bundesland gibt es etablierte Fach-
35 beratungsstellen, die als Anlaufpunkt bekannt sind und
36 im Zweifelsfall an die passenden Projekte oder Stellen ver-
37 weisen können. Ohne diese fest verankerten Anlaufpunk-
38 te, ist es schwierig, einen vertrauensvollen Kontakt her-
39 zustellen. Insbesondere der Umstieg in berufliche Alter-
40 nativen, sollte dieser durch Sexarbeiter*innen gewünscht
41 sein, braucht Zeit und kann viel Frustration mit sich brin-
42 gen. Aber auch andere Unterstützungsprozesse bauen auf
43 einer langfristigen Zusammenarbeit und einem funktio-
44 nierenden Zugang der Beratungsstellen ins Feld auf.

45

46 Weitere Gründe für die Schwierigkeiten für Sexarbei-

47 ter*innen und Menschen in der Prostitution liegen im Kon-
48 takt mit Behörden. Hier können ihnen Unwissen über Aus-
49 gangslagen und Bedarfe sowie Stigmatisierung begeg-
50 nen. Ansprechpersonen, die Klient*innen ernst nehmen,
51 auf ihre Bedarfe eingehen und ihnen ein Gefühl von Si-
52 cherheit vermitteln, sind aber unerlässlich für eine erfolg-
53 reiche Zusammenarbeit.

54

55 **Wir fordern**

- 56 • eine finanziell umfassend ausgestattete wissen-
57 schaftliche Dunkelfeldanalyse. Diese ist notwendig
58 für eine gesellschaftspolitische Debatte, die sich
59 an Tatsachen und der Lebensrealität von Sexarbei-
60 ter*innen und Menschen in der Prostitution orien-
61 tiert und die eine konstruktive Haltung zu dem Feld
62 ermöglicht. Betrachtet werden sollen unter ande-
63 rem
 - 64 – die Größe und Zusammensetzung des Feldes
 - 65 „sexuelle Dienstleistungen“,
 - 66 – die Lebensrealitäten von Sexarbeiter*innen
 - 67 und Menschen in der Prostitution,
 - 68 – Hürden im Umgang mit Behörden und beim
 - 69 Umstieg sowie
 - 70 – das Nachfrageverhalten
- 71 • den Aufbau von fest verankerten Fachberatungs-
72 stellen in den Bundesländern. Diese müssen gut mit
73 den Behörden vernetzt sein und brauchen feste An-
74 sprechpersonen beispielsweise in den JobCentern,
75 sodass Fachwissen weitergegeben und Klient*innen
76 zuverlässig vermittelt werden können, ohne Angst
77 zu haben, auf Unverständnis oder weitere Stig-
78 matisierung zu stoßen. Schulungsangebote durch
79 die Fachberatungsstellen für Behördenmitarbeitende
80 sollen zusätzlich Barrieren abbauen.

81

82 **Zwang**

83 Neben der selbstbestimmten Sexarbeit, gibt es auch Men-
84 schen, die nicht freiwillig in der Prostitution sind. Zwangs-
85 prostitution beinhaltet sowohl Fälle in denen Menschen
86 durch Abhängigkeitsbeziehungen und/oder Gewalt zur
87 Prostitution gebracht werden, als auch solche Fälle in de-
88 nen Betroffene zunächst mit dem Anbieten von sexuel-
89 len Dienstleistungen einverstanden waren, aber über die
90 Umstände der Arbeit getäuscht wurden. Durch finanzi-
91 ellen Druck und Schulden durch Miete für Räumlichkei-
92 ten oder Drogen, oder aufenthaltsrechtliche Illegalisie-
93 rung und Sprachbarrieren sehen Betroffene häufig keinen
94 legalen Ausweg aus ihrer Situation. Über die Hälfte der
95 Ermittlungsverfahren im Bereich der Zwangsprostitution
96 wird durch polizeiliche Kontrollen eingeleitet, die unab-
97 hängig von der Meldung durch Betroffene stattfinden. Tä-
98 ter nutzen die vulnerable Lage Betroffener aus, um sie in
99 dem Zwangsverhältnis zu halten. Dabei spielen auch auf-

100 enthaltsrechtliche Illegalisierung und Sprachbarrieren ei-
101 ne Rolle. Betroffene, die sich in Abhängigkeitsbeziehun-
102 gen zu den Tätern befinden und verschiedenen Formen
103 von Gewalt ausgesetzt sind, brauchen ein funktionieren-
104 des Auffangnetz und zuverlässige Hilfe.

105

106 **Neben den Unterstützungsstrukturen für Sexarbeiter*in-**
107 **nen fordern wir im Bereich Zwangsprostitution**

- 108 • mehrsprachige Informationskampagnen zum Er-
109 kennen von Zwangsprostitution, zu Ausstiegswe-
110 gen und zu konkreten Handlungsmöglichkeiten und
111 Hilfsangeboten.
- 112 • niedrigschwellige Beratungs- und Therapieangebo-
113 te für Betroffene, um das Erlebte aufzuarbeiten und
114 bei dem Ausstieg aus dem Zwangsverhältnis beglei-
115 tet zu werden.
- 116 • einen wirklichen Schutz der Betroffenen durch Poli-
117 zei und Rechtspflege. Es muss bedarfsgerechte Zeu-
118 genschutzprogramme für Opfer geben, die gegen
119 ihre Zuhälter*innen und Menschenhändler*innen
120 aussagen. Darüber hinaus müssen illegalisierte Be-
121 troffene, wie im aktuellen Koalitionsvertrag vorge-
122 sehen, unabhängig von ihrer Aussagebereitschaft ei-
123 nen sicheren Aufenthaltsstatus bekommen.

124